

Co-Management statt Kampf



In einer Zeit des Klassenkampfes von oben legt die DGB-Führung ein Programmentwurf im Geist der verbindlichen Sozialpartnerschaft vor

Der Deutsche Gewerkschaftsbund **DGB** will sich auf einem Kongress im November ein neues Grundsatzzprogramm geben, mit dem das von 1981 stammende ersetzt werden soll. Gewerkschaftliche Grundsatzzprogramme sind langfristige anggelegt. Sie sollen eine gesellschaftliche Bestandaufnahme machen und Antworten auf die Fragen der Zukunft geben.

Franke Klöber, SAW Kassel

Der vom DGB-Vorstand vorgelegte Entwurf für das neue Grundsatzzprogramm geht weitgehend an der Realität der abhängig Beschäftigten vorbei. Er macht nicht einmal den Versuch, die Ursachen für zunehmende Armut, Reallohnverluste und Sozialabbau zu benennen.

Marktwirtschaft als Ende der Geschichte?

In einer Zeit, in der tagtäglich die Klassengegenstände immer deutlicher zum Vorschein kommen, in der die Massenarbeitslosigkeit die Zahlen von 1933 fast erreicht, und die Bundesregierung mit den Unternehmerverbänden den Generalangriff auf die Reste des Sozialstaates und die Arbeitnehmerrechte führen, legt die DGB-Führung ein Grundsatzzprogramm im Geiste der verbindlichen „Sozialpartnerschaft“ vor. Statt kämpferisch auf die Herausforderungen unserer Zeit zu reagieren, heißt es: „Die soziale Marktwirtschaft ist besser als andere Wirtschaftsoptionen geeignet, die Ziele der Gewerkschaften zu erreichen.“

Die Ziele der Gewerkschaften in früheren Programmen, u.a. Vollbeschäftigung, Verteilung der Arbeit, Humanisierung der Arbeitswelt, Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, wurden im Rahmen der Marktwirtschaft auch in den „guten alten Zeiten“ schon nicht erreicht, als das Gesicht der Marktwirtschaft noch soziale Schönheitsflaster aufwies. Heute, wo die häßliche Fratze darunter wieder zum Vorschein kommt und der Klassenkampf von oben tobt, ist die Durchsetzung selbst bescheidener gewerkschaftlicher Ziele unmöglich, wenn man von vornherein die „Sachzwänge“ der Marktwirtschaft akzeptiert.

Klassengegenstände verwischt

In dem Entwurf werden die Klassengegenstände nicht nur verwischt, sondern es werden neue Interessengegenstände konstruiert. „Der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit prägt nach wie vor die wirtschaftliche wie gesellschaftliche Entwicklung kapitalistisch verfaßter Marktwirtschaften. Gleichzeitig haben Widersprüche politisches und gesellschaftliches Gewicht bekommen, die nicht auf den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit zurückzuführen sind. Konflikte zwischen den Geschlechtern, Widersprüche zwischen ökonomischer Entwicklung und Raubbau an Natur und Rohstoffen, der Widerspruch zwischen zunehmender Weltoffenheit der Menschen und dem Aufbrechen ethnischer Konflikte und dem Wiedererstarken nationalistischen Denkens...“

Frauen

Ist der Konflikt zwischen den Geschlechtern, zwischen Männern und Frauen etwa angeboren, biologisch begründet? Ohne die Geschichte der Frauenumtrentung vertiefen zu wollen, gab es jedoch in der Geschichte Gesellschaften, die ohne sie auskamen. Die systematische Schlechterstellung aufgrund des Geschlechts hat gesellschaftliche Ursachen. In Klassengesellschaften, die alle auf Ungleichheit, Ausbeutung und Spaltung beruhen, gab und gibt es auch keine Gleichstellung der Geschlechter.

Im Kapitalismus bedeutet das heute: Frauen werden als billige Arbeitskräfte ausgenutzt. Wenn nicht genügend Arbeitsplätze vorhanden sind, sind die Frauen die ersten, die auf die Straße

fliegen. Die konservative Bundesregierung mit ihrer mittelalterlichen Frauenministerin Nolte drängt die Frauen mehr und mehr aus dem Berufsleben: Frauen sollen Heim, Herd und Kinder hüten. Dies ist der ideologische Ausdruck eines niederliegenden Kapitalismus mit Massenarbeitslosigkeit und zunehmender Verarmung.

Würde die Arbeit auf alle verteilt, würde nicht nach Profit gewirtschaftet, sondern nach Bedürfnissen, würde der Reichtum gerecht verteilt, dann könnten Frauen genauso viel verdienen wie Männer, könnte jede Frau arbeiten, könnte die Arbeitszeit für beide Geschlechter verkürzt, könnten Kinderbetreuung und häusliche Arbeiten gesellschaftlich organisiert werden.

Die ökonomische und gesellschaftliche Gleichstellung der Frau ist eine wichtige Voraussetzung, um eine harmonischere Zusammenleben der Geschlechter einleiten zu können. Doch Arbeitslosigkeit, ungleicher Reichtum und Bezahlung sind Bestandteil des Kapitalismus, dessen Hauptkonflikt der Interessensgegensatz von Kapital und Arbeit ist.

Umwelt

Ähnlich verhält es sich mit dem Raubbau an der Natur. Wieso muß es zwangsläufig einen Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie geben? Warum holzen große Konzerne den Regenwald ab? Weil sie damit Profite machen wollen. Warum wird der Giftmüll nicht entsorgt, sondern dem Kompost untergemischt oder in den Libanon verschifft? Weil die Konzernne Geld sparen wollen auf Kosten von Mensch und Natur.

Es gibt auch viele Beispiele, wo Produktion und Umwelt weitestgehend in Einklang gebracht werden könnten, aber den Profitinteressen der Konzerne im Weg stehen. Ein Beispiel ist die Verkehrspolitik. Start den Schienenverkehr auszubauen, werden immer mehr Transporte auf die Straße verlagert. Selbst

die gelbe Post hat ihre Brief- und Frachttreilzentren an die Autobahnen gebaut und nicht an die Schienen gebunden. Auch die Meere bräuchten nicht durch Verklappung von Altol und Tankerkatastrophen verseucht zu sein, wenn das Profitinteresse nicht im Vordergrund stünde. Die Technologie, um dies zu verhindern, ist seit Jahrzehnten vorhanden. Sie müßte nur im Interesse von Mensch und Natur eingesetzt werden.

Massenarbeitslosigkeit

Die Folgen des kapitalistischen Wirtschaftens sind immer wieder auftretende Weltwirtschaftskrisen, mit Massenarbeitslosigkeit und Armut. Für dieses drängendste Problem unserer Zeit gibt es in dem Programmentwurf zwei Antworten.

Dies klingt wie ein Appell von Norbert Blum an die Unternehmer und seine eigene Partei. Tarifrtragssystem Die letzten Jahre sind von Tarifbrüchen und der Aushöhung des Flächenarbeitsystems seitens der Unternehmer gekennzeichnet. Sie zielen dabei auf Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und den Abbau von Lohn und Gehalt. Dabei haben sie Betriebsräte und Belegschaften erpreßt, indem sie mit Betriebsabschlüssen und Arbeitsplatzabbau drohen. Die Hauptforderungen der Unternehmerverbände hinsichtlich des Flächenarbeitsystems sind: Flächenarbeitsvertrag ja, aber nur als Mindestbedingung und mit Optionen (Öffnungsklauseln) für Betriebe oder Branchen, die sich in schwierigem wirtschaftlichen Umfeld befinden.

„Wir streben ein neues Verhältnis von Flächenarbeitsvertrag und der jeweiligen Umsetzung in den Betrieben an. Flächenarbeitsverträge müssen so gestaltet werden, daß sie den unterschiedlichen Realitäten in den einzelnen Branchen und Unternehmen entsprechen. Dazu wollen wir in den Flächenarbeitsverträgen Optionen verankern, die Wahl- und Gestaltungsspektiven für betriebliche Umsetzung ermöglichen.“

Kein Nein zur Privatisierung

Im DGB-Programmentwurf steht zum Thema öffentlicher Dienst und Deregulierung:

„Obwohl die Gewerkschaften eine forcierte Privatisierung und Deregulierung ablehnen, vertreten wir nicht die Vorstellung, der Staat müsse alles regeln. Die

schen öffentlichen und privaten Diensten...“ Mit anderen Worten: Der DGB-Bundesvorstand ist für Privatisierung und Deregulierung – aber bitte nicht zu schnell.

Wenn soziale und qualitative Standards erhalten bleiben, sind sie für den fairen Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Diensten. Dies geht vollständig an der Realität vorbei. Privatisiert wird, um Löhne zu verschlechtern und den privaten Unternehmen Anlagemöglichkeiten zu verschaffen. Einen fairen Wettbewerb zwischen Öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft bei Aufrechterhaltung von Qualität und sozialer Sicherung kann es demnach nicht geben.

In vielen Bereichen ist der Programmentwurf widersprüchlich und unternehmerfreundlich und gibt jahrzehntelange gewerkschaftliche Positionen auf. Im bisherigen Grundsatzzprogramm heißt es z.B.: „Nacht- und Schichtarbeit, Wochenend- und Feiertagsarbeit sowie Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten sind auf das unabdingbare Maß zu beschränken und so zu gestalten, daß die betroffenen Arbeitnehmer am gesellschaftlichen und politischen Leben teilnehmen können. Nacharbeit darf nur noch zugelassen werden, wenn sie aus technischen Gründen oder im öffentlichen Interesse notwendig ist. Im neuen Grundsatzzprogramm ist zu Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit kein Wort zu finden.“

Den Folgen der Globalisierung des Kapitals wird ein Gemisch aus verbalen Bekenntnis zur internationalen Zusammenarbeit der europäischen Gewerkschaften und naiven Appellen und Forderungen an die Regierungen und die Welthandelsorganisation entgegen gesetzt.

Durch alle Themen im Entwurf zieht sich eine politische Botschaft: Mit unseren Partnern, den Unternehmern, verhandeln und reden. Die Zeit für Klassenkampf ist vorbei, es lebe das Co-Management, die gemeinsame Krisenverwaltung.

Wenn die Politik dieses Entwurfs in die gewerkschaftliche Praxis umgesetzt wird, was zum Teil schon der Fall ist, dann werden die Gewerkschaften vollständig in die Defensive gedrückt und an Mitgliedern verlieren.

Für die Gewerkschaftsmittglieder bestand zu keinem Zeitpunkt die Möglichkeit, sich an der Diskussion zu beteiligen. Nach fünf Jahren Programmarbeit lag der Entwurf im März 1996 vor. Änderungsanträge mußten bis 31. Juli gestellt werden. Nur Gewerkschaftsverbände, Landesbezirke und die zentralen Frauen- und Jugendverbände sind antragsberechtigt. Ein umfassender Willensbildungsprozeß konnte nicht stattfinden und war auch vom DGB-Vorstand nicht beabsichtigt. Das ganze Verfahren ist von vorne bis hinten undemokratisch.

Wir werden nicht drumherum kommen, die Gewerkschaften demokratisch und politisch von unten her zu erneuern und sie zu richtigen Kampfinstrumenten für unsere Interessen zurückzubekommen.



Schulte und Mummern beim tête à tête. Durch alle Themen im Programm-Entwurf zieht sich eine politische Botschaft: Mit unseren Partnern, den Unternehmern, verhandeln und reden.

Erstens soll die „Arbeitszeitverkürzung in ihrer vollen Vielfalt“ genutzt werden, was Teilzeit und Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich bedeutet. Zweitens „erwarten die Gewerkschaften von den Arbeitgebern und den politisch Verantwortlichen, daß sie alle Anstrengungen unternehmen, um die Vollbeschäftigung wiederherzustellen.“